



Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. [Robert Misik - Bürger Gauck und der Betrug mit der Freiheit](#)
2. [Schulen im Visier der Privatwirtschaft - mit freundlicher Unterstützung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#)
3. [Bürgerdialog - Merkel Bonaparte](#)
4. [Javier Solana - Whose Sovereignty?](#)
5. [Steuern, Löhne und Vermögen](#)
6. [Target2 - und was wirklich dahinter steckt](#)
7. [Wie die FDP die Ängste der Riester-Sparer schürt](#)
8. [Euro-Krise peinigt deutsche Exporteure](#)
9. [«Was passiert, gleicht einem Super-GAU»](#)
10. [Vom Verlust des Politischen in der Ökonomie](#)
11. [Franz-Josef Radermacher - Ökosoziale Marktwirtschaft](#)
12. [First, Let's Pick All the Judges](#)
13. [Kahlschlag im Klinikum](#)
14. [Praxisgebühr - Die FDP sagt nur die halbe Wahrheit](#)
15. [Deutschlands Top-Manager verdienen deutlich mehr](#)
16. [Wolfgang Neskovic/Isabel Erdem - Zur Verfassungswidrigkeit von Sanktionen bei Hartz IV](#)
17. [Durchsuchungen bei FDP-Abgeordnetem](#)
18. [Iran am langen Hebel](#)
19. [Syrien - Das Kulturzeit-Gespräch mit dem Islamwissenschaftler und Nahost-Experten Michael Lüders](#)
20. [Wissenschaftlicher Zitatindex: Lasst Euch nicht erpressen!](#)
21. [zu guter Letzt: Bildungschancen](#)

Vorbemerkung: Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, [dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.](#)

1. **Robert Misik - Bürger Gauck und der Betrug mit der Freiheit**

Kitsch as Kitsch can, von aufreizender intellektueller Schlichtheit: Joachim Gaucks Essaylein „Freiheit“.



Es ist so ein Buch, das ich unter normalen Umständen natürlich nicht zur Hand genommen hätte, nicht aus Desinteresse und schon gar nicht eines Widerwillen gegenüber dem Thema wegen, sondern einfach, weil ich mir vom Autor nicht gar so viel erwartet hätte. Dass ich es doch tat, hat zwei Gründe: Erstens, das Büchlein steht jetzt schon länger auf Platz 1 der Spiegel-Bestsellerliste. Zweitens, der Autor wird in ein paar Tagen deutscher Bundespräsident. Zwei Gründe, mal ein Auge reinzuwerfen. Bevor aber die inhaltliche Seite zur Sprache kommt, muss bei einem Buch dieser Art auch über Äußerlichkeiten geredet werden. Das Buch ist klein, sehr klein, wenn es noch ein DIN-Format für diese Kleinheit gibt, dann muss das so A-6 oder A-7 sein. Und es ist dünn, sehr dünn. Es hat 62 Seiten. Und von diesen 62 Seiten ist gefühlt jede dritte nicht bedruckt. Und die, die bedruckt sind, sind es nur in den unteren zwei Dritteln. Oben ist schön viel Weißraum. Sieht hübsch aus, gewiss, gibt dem Layout so eine Luftigkeit. Aber der Text in diesem Buch ist etwa so lang wie ein umfangreicherer „Zeit“-Artikel. Eine Schriftsorte also, für die ein geübter Schreiber zwei Tage braucht. Man muss das dem Herrn nicht vorwerfen: Schnell lesbare Pamphlete dieser Art verkaufen sich gerade sehr gut, seitdem Stephan Hessel seinen „Empört Euch“-Bestseller gelandet hat. Allerdings nimmt Herr Hessel für sein Manifest auch nur 3,99.- Euro. Gaucks Buch geht für 10 Euro über den Ladentisch. Und das ist für sich schon ein starkes Stück. Man verspricht dem Leser äußerlich ein Buch, dafür kriegt er einen etwas größeren Artikel, aber zum Preis eines ordentlichen Taschenbuches. Man kann das Nepp nennen. Aber man kann auch Betrug dazu sagen. Gewiss, das hat sich Herr Gauck wohl nicht selber ausgedacht, das war wohl die Idee des Verlegers. Wenn aber dieses Buch, sagen wir, von 200.000 leichtgläubigen Kunden erstanden wird, und Herr Gauck 10 Prozent vom Verkaufspreis erhält - was beides eher konservativ geschätzt ist -, dann macht dieser Nepp Herr Gauck um 200.000 Euro reicher. Na, da nimmt sich die Vorteilnahme von Herrn Wulff recht bescheiden dagegen aus, der sich gerade ein paar Urlaubstage sponsern ließ, und das auch nur von seinen Millionärsfreunden. Herr Gauck kassiert da geschickter ab, wohl auch von dem einen oder anderen Bürger, für den zehn Euro keine Peanuts sind.

Quelle: [Robert Misik](#)

2. **Schulen im Visier der Privatwirtschaft - mit freundlicher Unterstützung der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft**

Quelle: [WISO](#)

Anmerkung JB: Sehr informativ!

3. **Bürgerdialog - Merkel Bonaparte**

[...] Beim ersten Bürgergespräch in Erfurt nahm sich die Kanzlerin knappe 90 Minuten



Zeit für die Vorschläge von 100 ausgewählten Bürgern. Was als partizipatorische Neuerung angepriesen wird, ist kaum mehr als eine modernisierte klassische Machttechnik der von oben gelenkten Demokratie, für die der italienische Nietzsche-Forscher Domenico Losurdo den Ausdruck Soft-Bonapartismus prägte: Die Spitze der Exekutive inszeniert sich als unmittelbarer Ansprechpartner der Bürger, deren Interessen es gegen unfähige Funktionäre aus Parteien und Gewerkschaften durchzusetzen gelte. [...]

In einer Zeit, wo der Konsens für neoliberale „Reform“-Projekte brüchig wird, sieht etwa die Bertelsmann-Stiftung in der Implementierung von neuen Beteiligungsformen eine Chance, die Politik und vor allem die Bürger wieder besser zu steuern. Die Erprobung solcher Befriedigungstechniken reicht bis in die siebziger Jahre zurück. Als die Proteste gegen die Atomkraft nicht mehr zu ignorieren waren, setzte auch die damalige Bundesregierung auf Bürgerdialoge. [...]

Auch beim Bürgerdialog der Kanzlerin geht es wie bei vielen anderen neuen Formen der Bürgerbeteiligung nicht um eine wirkliche Erweiterung der Partizipation. Vielmehr wird erprobt, wie sich diese einhegen, kanalisieren und instrumentalisieren lässt. Das breite Bedürfnis nach mehr direkter Demokratie wird auf Bahnen gelenkt, die manches veränderbar machen, die grundsätzliche Verteilung von Macht und Eigentum aber nicht infrage stellen.

Merkels „Dialog über Deutschlands Zukunft“ ist daher keine Antwort auf die Krise unseres repräsentativen Systems, sondern selbst Ausdruck postdemokratischer Tendenzen.

Quelle: [taz](#)

4. **Javier Solana - Whose Sovereignty?**

Despite the huge sums expended to write down Greece's foreign debt, there has been an outcry of censure against "interference" with the country's national sovereignty. True, in exchange for considerable European aid, Greece's ability to maneuver independently will be limited. But are complaints that Greek sovereignty has been severely impaired justified? [...]

Whether this is a violation of sovereignty depends on our conception of sovereignty. As with the concept of individual freedom, national sovereignty depends on how its components are defined. In his classic *On Liberty*, John Stuart Mill used the "harm principle" to express the view that a person's individual liberty could be limited only in order to protect others and avoid harm. The debate consists in how we define "harm" to others. [...]

On the European level, legitimacy is essential and - let's be realistic - won't be achieved unless and until Europeans overcome certain antiquated ideas about sovereignty.



Quelle: [Project Syndicate](#)

Anmerkung JB: Dieser Aufsatz des ehemaligen EU-Außenbeauftragten Javier Solana hat es in sich. Zwischen den Zeilen sagt er, dass die völkerrechtliche Souveränität eines Landes dann zur Disposition steht, wenn diese Souveränität die Interessen anderer Länder gefährdet. Dies ist wohl die konsequente Weiterführung des Interventionismus, den Solana schon in seiner Zeit als NATO-Generalsekretär gepredigt hat. Diese Argumentation ist nicht nur völkerrechtlich höchst bedenklich. Wenn Solana die Interessen des Finanzsektors als Interessen der Staatengemeinschaft uminterpretiert und damit die Suspendierung der Souveränität von Drittstaaten begründet, so ist dies auch eine ideologische Kriegserklärung an die Demokratie.

5. Steuern, Löhne und Vermögen

Die folgende Abb. 1.1 zeigt die realen, also preisbereinigten Volkseinkommen, Arbeitsentgelte und Unternehmens- und Vermögenseinkommen von 2000 bis 2015:



Arbeitsentgelte = Bruttolohnsumme + Sozialabgaben der Arbeitgeber.

Das Volkseinkommen ist von 2000 bis 2010 um rund 8% gewachsen. Die Arbeitnehmer profitierten vom Wachstum nicht, ihre Nettolöhne sind - preisbereinigt - genauso hoch wie in 2000 und sollen bis 2015 trotz eines prognostizierten weiteren Wirtschaftswachstums nur um rund 5% steigen. Von 2000 bis 2010 bekamen den gesamten Zuwachs Unternehmens- & Vermögenseinkommen, die - trotz des vorübergehenden Rückgangs in 2008 und 2009 - um über 40% gestiegen sind und laut Prognose bis 2015 um weitere 22% steigen werden.

Quelle: [DGB Gegenblende](#)



6. Target2 - und was wirklich dahinter steckt

Die öffentliche Diskussion über die Ungleichgewichte im Target2-Zahlungssystem ist von vielen Missverständnissen, Halbwahrheiten und Irrtümern geprägt. Zeit für etwas mehr Klarheit in der Debatte.

Seit gut einem Jahr veröffentlicht Hans-Werner Sinn seine in „richtiger Detektivarbeit“ entwickelten Thesen zu TARGET2 (T2). Trotz zahlreichen Widerspruchs an seinen Thesen hat Sinn bisher in der Öffentlichkeit die Deutungshoheit über dieses Thema. Journalisten der FAZ, der Wirtschaftswoche oder von Spiegel Online haben seine Thesen beinahe kommentarlos übernommen. Ob sie von seinen Warnungen, das Thema sei so kompliziert, keiner wisse vollständig darüber Bescheid, abgeschreckt wurden, sich selbst damit auseinander zu setzen?

Dabei sind die Funktionsweise von T2 und dessen ökonomische Implikationen tatsächlich nicht sonderlich kompliziert, und wurden im Übrigen bereits schon 1999 von Peter Garber detailliert beschrieben. Oder liegt es daran, dass ein technisches und trockenes Thema den Leser eher anspricht, wenn von einer „geheimen Bailoutstrategie der EZB“, von „neuen Abgründen“ oder von Geld die Rede ist, das „aus der Druckerpresse gezogen wird“?

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung JB: Als hätte die SPIEGEL-Redaktion den sehr guten Artikel von Philipp Johann König gelesen, ließ sie gestern Hans-Werner Sinn persönlich seinen Target-2-Unfug über die [SPIEGEL Online verbreiten](#). Leider wird das Sinn-Pamphlet auf SPIEGEL Online ungleich mehr Leser erreichen als Königs überzeugende Gegenrede.

7. Wie die FDP die Ängste der Riester-Sparer schürt

Die geplante Finanztransaktionssteuer stellt lediglich eine neue Einnahmemöglichkeit für den Staat dar und dient nur dem Zweck, beim Fonds-, Riester- und Lebensversicherungssparer abzukassieren, behauptet die FDP und beruft sich dabei auf eine Studie der bayerischen Staatsregierung. Doch von dort kommt Widerspruch – und auch die SPD spricht von Unsinn.

Quelle: [Handelsblatt](#)

Anmerkung JB: Wo die SPD Recht hat, hat sie Recht. Diese Argumentation ist in der Tat blanker Unsinn.

8. Euro-Krise peinigt deutsche Exporteure

Kurz vor dem Jahreswechsel zogen die US-Amerikaner doch noch vorbei: Deutschland



verharrt auf der weltweiten Ausfuhrangliste auf Platz drei. Grund ist die schwache Nachfrage der europäischen Partner – und für die sieht es auch 2012 nicht gut aus.
Quelle: [FTD](#)

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Die Forderung nach Sparprogrammen in den EU-“Partnerländern” ging ja explizit auch vom Bundesverband des Deutschen Groß- und Außenhandels aus. Womit sich die Exporteure selber ins Knie geschossen haben. Volkswirtschaftlichen Sachverstand darf man bei den Unternehmerverbänden einfach nicht erwarten.*

9. **«Was passiert, gleicht einem Super-GAU»**
Die Ökonomin Mascha Madörin ärgert, dass die Schweiz in Steuerfragen nur über die richtige Taktik debattiert. Ein Gespräch über ideologische Tabus und ein Programm, das die griechische Bevölkerung ins Unglück stürzt, aber den Euro nicht rettet.
Quelle: [Die Wochenzeitung](#)
10. **Vom Verlust des Politischen in der Ökonomie**
unser Leser B.B. schrieb uns: Liebes Nachdenkseiten-Team, hier ein Link zu einer Abschiedsvorlesung von Dr. Rainer Volkmann. Dr. Volkmann ist einer der letzten Keynesianer an der Uni Hamburg und lehrte am Fachbereich Sozialökonomie (vormals Hamburger Uni für Wirtschaft und Politik). Er führt hier super aus, warum die VWL immer ein politisches Fach ist und dass auch die heute vorherrschende Lehre in der VWL nur eine vorübergehende ist. Auch für Nicht-Ökonomen eine sehr interessante Veranstaltung.
Quelle: [Uni Hamburg](#)
11. **Franz-Josef Radermacher - Ökosoziale Marktwirtschaft**
unsere Leserin J.S. schrieb uns: Anbei ein Link zu einem tollen Vortrag von ihm, den er kürzlich in Hamburg gehalten hat – dies könnte man z. B. bei den Hinweisen des Tages einbringen.
Es handelt sich dabei um einen Beitrag von Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher zur Rolle des Wissens für die zukünftige Entwicklung der Lage der Menschheit und für die Möglichkeit einer nachhaltigen Entwicklung. (Der Vortrag ist sehr umfassend und geht auch auf die alltäglichen Meinungsmanipulationen ein.)
Der Vortrag fand statt im Rahmen der ZEIT Konferenz der Umwelthauptstadt “Umwelt ist Zukunft” am 12. Dezember 2011 im Rathaus der Freien und Hansestadt Hamburg.
Informationen zum Programm finden Sie [hier](#).
Quelle: [ZEIT](#)
12. **First, Let’s Pick All the Judges**
Europe doesn’t like what is happening to the legal system in Hungary.



These days in Hungary, one person picks all the judges. This judicial “czar” just announced today that she was filling 129 vacant judgeships. Only 23 of the newly assigned judges were already judges before. That means fully 106 of these positions are awarded to judicial newcomers. New judges enter the Hungarian legal system for three-year probationary terms, under the watchful eye of the very government that will decide on their reappointments. These judges, therefore, are independent at their peril, knowing that their jobs depend on how the government evaluates what they do. The judicial czar also has the power to assign specific cases to specific courts. Hungarian law specifies where cases are normally tried, but in Hungary’s new constitutional order, these usual rules can be overridden by the judicial czar who can transfer specific cases to courts other than the ones that are assigned by law. These transfers of cases do not have to be accompanied by reasons explaining why the judicial czar selected those cases or why they wound up in the courts that they did. What is to prevent Hungary’s judicial czar from picking the judges and then moving sensitive cases to the judges the government prefers? Not the law, at least not anymore.

To Europe, these practices look like the political control of the judiciary. The rapid acceleration of European actions about the judiciary in recent weeks is a signal that Hungary has hit a European nerve.

Quelle: [New York Times](#)

13. **Kahlschlag im Klinikum**

Schließung unrentabler Abteilungen, Aufkauf von Kassenarztsitzen zur Gründung konzerneigener medizinischer Versorgungszentren, der hessische SPD-Sprecher Frank Steibli wird Pressesprecher des Rhön-Klinikums, verfassungswidrige Überleitungen der Arbeitsverträge, unerträgliche Arbeitshetze und unbezahlte Überstunden, bis an die Grenzen ausgedünnte Personaldecke, Schließung „unrentabler“ Abteilungen, Aushilfen statt qualifiziertem Personal. Und jetzt sollen in Gießen und Marburg weitere 500 Angestellte entlassen werden. Man lasse sich die Begründung auf der Zunge zergehen: „Das Klinikum befürchtet eine Belastung des geplanten Ergebnisses von mehr als 10 Millionen Euro“ – sagt Herr Steibli. Da sage ich: Wieso ist es eigentlich nicht strafbar, sich am Eigentum der Krankenversicherten mit 10 Millionen Euro zu vergreifen, um Aktionäre zu bedienen?

Quelle: [Frankfurter Rundschau](#)

14. **Praxisgebühr - Die FDP sagt nur die halbe Wahrheit**

[...] Seit einiger Zeit trommelt die FDP für die Abschaffung der Praxisgebühr. Angesichts der schlechten Umfragewerte der Partei und der bevorstehenden Landtagswahlen klingt das wie billiger Populismus. [...] Dabei hat dieser einiges für sich. Denn keineswegs nur FDP- sondern auch



Unionspolitiker sind längst davon überzeugt, dass die Praxisgebühr ihre ursprünglich beabsichtigte Lenkungswirkung verfehlt hat. Stützen können sie sich dabei auf einen Bericht des Spitzenverbandes der gesetzlichen Versicherer, des GKV-Gesamtverbandes, der Ende vergangenen Jahres vorgelegt wurde. [...]

Ebenfalls für die FDP und gegen die Praxisgebühr spricht, dass sie gleich in zweifacher Hinsicht unsozial ist. [...]

An dieser Stelle sagt die FDP den Versicherten jedoch nicht die volle Wahrheit. Denn in der Logik der FDP-Gesundheitspolitik liegt es, künftige Löcher keineswegs durch einen höheren Beitragssatz zu stopfen, sondern vielmehr durch andere Formen der Eigenbeteiligung beziehungsweise durch höhere Zusatzbeiträge. Das sollten die Liberalen schon dazusagen, wenn sie jetzt so vollmundig eine Abschaffung der Praxisgebühr fordern.

Quelle: [ZEIT](#)

15. **Deutschlands Top-Manager verdienen deutlich mehr**

Die Gehälter der Dax-Bosse fallen wieder deutlich üppiger aus. Im Schnitt verdienen die Vorstandschefs 2011 rund 6,1 Millionen Euro, das sind neun Prozent mehr als im Vorjahr. Die mit Abstand größte Summe strich VW-Chef Martin Winterkorn ein.

Quelle: [SPIEGEL Online](#)

***Anmerkung JK:** Das wäre doch ganz klar die Vorlage für die anstehenden Tarifverhandlungen (neun Prozent). Es sei denn jemand ist in der Lage auf Basis rational nachvollziehbarer Argumente zu erklären weshalb die in den Unternehmen arbeitenden Menschen sich mit wesentlich weniger zufrieden geben sollten? Haben sie etwa wesentlich weniger geleistet als die Herren Manager und Vorstände? haben sie etwa wesentlich weniger zum Erfolg ihrer Unternehmen beigetragen als die Herren Manager und Vorstände?*

16. **Wolfgang Neskovic/Isabel Erdem - Zur Verfassungswidrigkeit von Sanktionen bei Hartz IV**

[...] Die Menschenwürde ist absolut. Das menschenwürdige Existenzminimum muss durch den Staat in jedem Einzelfall „stets“ gewährt werden. Kürzungen des ALG II-Anspruchs (Sanktionen) durch die Jobcenter sind verfassungswidrig. Jeder Mensch in einer existenziellen Notlage hat einen Anspruch auf ein Minimum staatlicher Leistung. Ihre Gewährung darf nicht von „Gegenleistungen“ abhängen. Dies macht den Kern des Sozialstaats aus.

Quelle: [Die Sozialgerichtbarkeit via ELO-Forum \[PDF - 1.5 MB\]](#)

17. **Durchsuchungen bei FDP-Abgeordnetem**

Die Staatsanwaltschaft Darmstadt hat die Wohn- und Geschäftsräume des Ex-



Vorsitzenden des Steuerfahnder-Untersuchungsausschusses im Landtag, Leif Blum (FDP), durchsuchen lassen. Sie wirft ihm nun auch vor, über Jahre fehlerhafte Steuererklärungen abgegeben zu haben.

Quelle: [Hessischer Rundfunk](#)

18. **Iran am langen Hebel**

Der Krieg gegen den Iran hat längst begonnen. Seit Jahren verschärft der Westen die Wirtschaftssanktionen und nimmt die unkalkulierbaren Folgen in Kauf.

Quelle: [taz](#)

19. **Syrien - Das Kulturzeit-Gespräch mit dem Islamwissenschaftler und Nahost-Experten Michael Lüders**

Quelle: [3Sat Kulturzeit](#)

Anmerkung JB: Leider lässt sich das Interview nicht direkt verlinken. Klicken Sie also bitte auf der verlinkten Seite auf das Feld „Mediathek“ auf der rechten Seite.

20. **Wissenschaftlicher Zitatindex: Lasst Euch nicht erpressen!**

Der „Impact Factor“ zeigt an, wie oft Aufsätze zitiert werden. Doch Zeitschriften blasen damit ihre Bedeutung auf und Wissenschaftler mogeln sich in Rankings nach oben. Obwohl von Kritikern als zu grob abgetan, ist der Impact Factor in den letzten Jahrzehnten vor allem in den Naturwissenschaften und der Medizin, aber auch in anderen Disziplinen, zur zentralen Einflussgröße geworden. Die unter dem Druck „publish or perish“ stehenden Wissenschaftler achten genau darauf. Wer Aufsätze in Top-Zeitschriften mit hohem Impact Factor vorweisen kann, hat bessere Berufungs- oder Beförderungschancen. Die zunehmende Fixierung auf Publikationen, Zitationen und die darauf aufbauenden akademischen Rankings erzeugen aber fragwürdige Anreize, die die Wissenschaft verbiegen und korrumpieren können, beklagt der Züricher Ökonom Bruno Frey. Wissenschaftler forschen nicht mehr aus intrinsischer Motivation, aus Erkenntnistreben, sondern kalkulieren kühl, wie sie in den Rankings und Zitationslisten nach oben kommen. „Aus der Analyse von Fehlern in Zitaten lässt sich schließen, dass 70 bis 90 Prozent der zitierten Papiere gar nicht gelesen worden sind“, hat Frey jüngst in einem Beitrag mit seiner Frau Margit Osterloh kritisiert. Und der Druck, in die Top-Journals zu kommen, führe - ein böses Wort - zu „akademischer Prostitution“, weil Artikel nach dem Geschmack der Gutachter umgeschrieben werden. Die Devise „publish or perish“ bewirkt eine Inflation von Artikeln.

Forschungsergebnisse werden scheinbarweise veröffentlicht. Viele Aufsätze sind nur von marginalem Interesse.

Quelle: [FAZ](#)

Anmerkung Orlando Pascheit: *Anscheinend ist der Autor der FAZ nicht auf dem neuesten Stand, sonst wäre ihm nicht entgangen, dass der zitierte Ökonom Bruno Frey selbst "fragwürdige Anreize" erlegen ist. Es hat identische oder sehr verwandte Arbeiten mehrfach veröffentlicht. Dies trifft auch auf den von Philip Plickert zitierten Aufsatz "[Publishing as Prostitution?](#)" zu.*

Diese als "Eigenplagiat" bezeichnete Methode wird allgemein als wissenschaftliches Fehlverhalten eingeordnet. Der Herausgeber des Journal of Economic Perspectives und MIT-Professor David H. Autor schrieb zu Freys Publikationsverhalten: "We view your publication of this substantive material in multiple journals simultaneously as a violation of the spirit of the editorial agreement with American Economic Association that you signed ... we find your conduct in this matter ethically dubious and disrespectful to the American Economic Association, the [Journal of Economic Perspectives and the JEP's readers](#). [PDF - 423 KB]"

Die Universität Zürich hat im Sommer letzten Jahres ein Verfahren wegen des "Verdachts der Unlauterkeit in der Wissenschaft" gegen Frey eingeleitet. Neben dem Vorwurf des "Eigenplagiats" wird Frey auch das Fehlen von Verweise auf [ältere Studien anderer Forscher](#) zum gleichen Thema vorgeworfen.

Angesichts des Verhaltens eines so renommierten Wissenschaftlers, wird erst deutlich unter welchem Publikationsdruck jüngere, noch unbekannte Wissenschaftler stehen. Insofern ist zu hoffen, dass sich die Forderung von DFG-Präsident Matthias Kleinert auf breiter Basis durchsetzt, dass Inhalte zählen sollten, nicht die Zahl oder der Ort der Veröffentlichungen. Ein schwieriges Unterfangen. Plickert verweist auf eine Umfrage, aus der hervorgeht, dass Herausgeber von Zeitschriften selbst Autoren drängen, Literatur aus ihrem Journal zu zitieren. Wer sich dem Wunsch nicht fügt, dessen Artikel wird nicht gedruckt.

21. zu guter Letzt: Bildungschancen



CHANCEN SPIEGEL

Quelle: [Jürgen Tomicek](#)